

Stefan Kramer findet deutliche Worte

Der Sprecher der Interessengemeinschaft gegen Polder, Stefan Kramer, hat die Antragsunterlagen bei der Infoveranstaltung am Dienstag (siehe rechts) als mangelhaft bezeichnet. „Es ist eine bodenlose Frechheit, wie unsere Belange verniedlicht, vernachlässigt und einfach weggelassen werden. Es gibt viele Lücken. Auf der anderen Seite wird die Wirkung des Polders geradezu verherrlicht“, rügte er. Sein Fazit: „Wenn uns die Ämter weiter auf diesem Niveau bedienen, dann gute Nacht!“

Kramer sagte, dass die Versiegelung von Bewässerungsbrunnen angedacht sei. Es gebe aber Kiespfähle, die das potenzielle Poldergebiet und die Keller umliegender Häuser und Höfe direkt miteinander verbinden und die man nicht versiegeln könne. Das sei nicht einmal erwähnt. Auch das Schutzgut Mensch, die psychische Belastung, die Existenzängste, fänden im Antrag quasi keine Berücksichtigung. Das Aufschütten des Damms werde in den Unterlagen kleingeredet. „Da wird ein bissl betont, ein bissl aufgeschüttet, so wird das dargestellt.“

Kramer appellierte: „Schreibt Einwendungen, helft euch, helft dem Nachbarn. Was wir im Raumordnungsverfahren wegbringen, darüber brauchen wir uns später in der Planfeststellung nicht mehr streiten.“ Abschließend sagte Kramer: „Hier geht es nicht um 800 Hektar. Hier geht es um unsere Heimat.“

„Spätestens nach der ersten Flutung ist das Geschichte“

Bürgermeister Josef Schütz sagte, dass der Polder die Stadt sämtlicher Entwicklungsmöglichkeiten beraube – über Generationen, „in den nächsten 100 Jahren“.

Wie Schütz befand, wäre die Füllung des Polders Wörthhof „eine Sintflut“, die unwiederbringlichen Schaden anrichte. Er habe sich eine Reihe von Flutpoldern am Rhein bei Karlsruhe angesehen, berichtete der Bürgermeister. Dort sei ausschließlich Grünland zu finden. Ackerbau sei in Polderflächen nicht möglich: „Spätestens nach der ersten Flutung ist das Geschichte.“

Wie Schütz klarstellte, betreffe der Polder nicht nur die Ortsteile Kiefenholz und Oberachdorf. Er gehe jeden Wörther, jeden Wiesenter etwas an, auch in höheren Lagen. Es gehe hier ums Grundwasser, ums Abwasser: „Wir haben massivste Betroffenheiten.“ (std)



Im restlos gefüllten Saal des Gasthauses Peutl äußerte Anwalt Benno Ziegler (stehend) Zweifel an der Neutralität der Regierung der Oberpfalz. Foto: Simon Stadler

Von Simon Stadler

Landkreis. Thema Flutpolder ist gleich volles Haus: Diese Formel hat sich am Dienstag mal wieder bestätigt. Kein Stuhl blieb leer im Saal des Gasthauses Peutl in Kiefenholz, als die Stadt und die Interessengemeinschaft informierten. Die Zuhörer kamen aus Wörth und den Ortsteilen, klar, aber in reicher Zahl auch aus umliegenden Orten wie Wiesent oder Pfatter. Von einem Zeichen der Solidarität, das gut tue, sprach Bürgermeister Josef Schütz.

Im Mittelpunkt stand ein Mann aus München, der sich mit energiegeladener Stimme immer wieder an die Zuhörer wandte. Der Fachanwalt Benno Ziegler berät die Stadt Wörth im Raumordnungsverfahren und er war am Dienstag angereist, um einen eindringlichen Appell zu formulieren: „Schreiben Sie Einwendungen! Jetzt ist die Zeit im Verfahren, wo Sie etwas beitragen können. Schreiben Sie, warum der Flutpolder aus Ihrer Sicht an dieser Stelle nicht richtig ist. Was betrifft Sie? Was sind Ihre Ängste und Sorgen?“ Schütz stieß ins selbe Horn: „Jetzt wird es ernst, Leute, jetzt gilt's“, rief er in den Saal.

Gleich zu Beginn sagte Anwalt Ziegler einen Satz, der aufhorchen ließ: „Ich habe nicht den Eindruck, dass hier – Stand heute – ein sauberes Verfahren, ein sauberer Antrag vorliegt.“ Im November hatte Regierungspräsident Walter Jonas in Wörth eine ergebnisoffene Prüfung zugesagt (wir berichteten), doch daran hegt der Anwalt Zweifel.

Ziegler führte in der Folge aus, warum aus seiner Sicht Mängel vorliegen. Zunächst kam er darauf zu sprechen, dass der Antrag nicht unterschrieben ist. Die Regierung habe

mitgeteilt, sagte Ziegler, dass es zur Einleitung eines Raumordnungsverfahrens keine förmliche Beantragung brauche – und somit auch keine Unterschrift (wir berichteten). Der Anwalt findet das befremdlich: „Wenn ich den Antrag eingereicht hätte, würde man zurückschreiben: Herr Ziegler, bitte erst mal unterschreiben, dann machen wir weiter.“

Augenhöhe oder „Schaufensterverfahren“?

Die fehlende Unterschrift ist für Ziegler der Beginn einer Kette von Merkwürdigkeiten: „Hier reiht sich Fragezeichen an Fragezeichen an Fragezeichen.“ Wie Ziegler darlegte, sei der Antrag bereits am 11. Oktober eingegangen. „Die Unterlagen sind drei Monate bei der Regierung herumgelegen, wir haben sie am 10. Januar bekommen. Wir haben jetzt fünf Wochen Zeit, darauf zu reagieren. Das sind zwei Leitz-Ordner, die über Jahre vorbereitet wurden. Und wir haben fünf Wochen.“ Er fragte sich, ob es hier wirklich um eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe gehe – oder eher um „ein Schaufensterverfahren“.

Die gesetzte Äußerungsfrist, die am 27. Februar enden soll, ist aus Zieglers Sicht schlicht inakzeptabel. Er forderte alle Bürger dazu auf, sofort und unverzüglich an den Landtag in München zu schreiben. Die Abgeordneten, beispielsweise im Umweltausschuss, seien verpflichtet, das zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu reagieren, sagte Ziegler. „Und sie wollen wiedergewählt werden.“ Er legte den Anwohnern eines ans Herz: „Entwickeln Sie eine Öffentlichkeit. Die müssen in München feststellen, dass Sie sich nicht einfach kaputt machen lassen.“

Weisen Sie darauf hin, dass Ihre Vorfahren damals beim Donauausbau Grund hergegeben haben und dass damals gesagt wurde: Damit ist es gut.“

Wenn er sich den Antrag anschau, dann keime in ihm der Verdacht auf, sagte Ziegler, „dass es darum geht, sehr schnell einen Haken hinter die Raumordnung zu machen und zu hoffen, dass sich die Bürger schon damit zufriedengeben“. So gehe es aber nicht: „Wir wollen eine ergebnisoffene Prüfung, das müssen wir klarmachen.“

Seinen Verdacht begründete der Anwalt damit, dass im Antrag eklatante Lücken zu erkennen seien. Die Raumordnung setze eine Alternativenprüfung voraus, das sei gesetzlich vorgeschrieben, sagte Ziegler. Ist das Projekt sinnvoll, ist es an dieser Stelle sinnvoll, gibt es Alternativen? – das sei zu klären, darüber werde aber hinweggegangen. „Liebes Wasserwirtschaftsamt, das genügt den Anforderungen nicht“, kritisierte Ziegler. So sei zum Beispiel nicht ersichtlich, warum das Stufenmanagement, zu dem einst sogar die Landtagsfraktion der Freien Wähler ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, plötzlich nicht mehr als ernstzunehmende Alternative gelte.

Die Kommasetzung ist zweitrangig

Auch auf das Grundwasser ging Ziegler ein. Die Planer hätten stets betont, dass es den Polder nur geben kann, wenn das Grundwasserproblem gelöst ist, definitiv. „Man würde jetzt erwarten, dass dieses Thema breiten Raum einnimmt, dass es dazu einen halben Ordner gibt. Aber das ist nicht der Fall. Das Grundwasser ist beherrschbar. Punkt. Das ist alles, was da steht.“

Wichtig sei jetzt eines, unterstrichen Ziegler und Schütz: hinhocken und schreiben. Es gehe nicht um ein sprachliches Meisterstück auf höchstem Niveau, die Kommasetzung sei zweitrangig. Es gehe um den Inhalt. „Auch die TU München kocht nur mit Wasser. Haben Sie keine Angst vor Leuten, die studiert haben“, empfahl Ziegler. Von vorgefertigten Textbausteinen riet er ab, weitaus besser sei es, den eigenen Gedanken freien Lauf zu lassen. Schreiben soll man an die jeweilige Kommune, die alles sammelt und gebündelt an die Regierung weiterleitet.

Die Fragen der Zuhörer

Ein Bericht über die Fragen und Beiträge der Zuhörer befindet sich auf der nächsten Seite.

UNTERLAGEN IM NETZ

Wer eine Einwendung formulieren möchte, muss natürlich erst mal wissen, was überhaupt in den Antragsunterlagen steht.

› **Abrufbar** sind die Unterlagen im Internet, auf der Homepage der Regierung der Oberpfalz.

› **In den nächsten Tagen**, spätestens bis zum Wochenende, wird auch die Stadt Wörth auf ihrer Internetseite einen eigenen Bereich zum Polder mit vielerlei Infos zusammenstellen.

› **Der Antrag** liegt auch im Rathaus in Wörth aus – ganz klassisch auf Papier. (std)

KOMMENTAR: Flutpolder-Verfahren

Ernstzunehmend

Im Falle des Flutpolders zweifelt der Anwalt Benno Ziegler an der Neutralität der Regierung. Aber was ist das eigentlich, Neutralität? Fragen wir den Duden, der sagt: „keiner der gegnerischen Parteien angehörend“. Und tatsächlich, eine Neutralität in diesem Sinne gibt es nicht im Raumordnungsverfahren, es kann sie gar nicht geben.

Der Freistaat Bayern beantragt den Polder und der Freistaat Bayern prüft den Antrag. Der bayerische Wirtschaftsminister will den Polder (Stand heute), das bayerische Wirtschaftsministerium ist die oberste Landesplanungsbehörde.

Der Staat kontrolliert sich also gleichsam selbst. Das ist ungefähr so, als würde ein Bürgermeister über einen Bauantrag befinden, den er selbst eingereicht hat.

Fairerweise muss man dazusagen, dass es anders kaum geht. Für die Raumordnung ist der Staat zustän-

dig – wer sonst? Der überregionale Hochwasserschutz obliegt ebenfalls dem Staat – wem sonst? Umso wichtiger ist aber der Hinweis auf das geltende Recht: Es gibt Gesetzbücher, Paragraphen, die genau vorschreiben, wie die Raumordnung abzulaufen hat. An diese Leitlinien sind die Sachbearbeiter gebunden. Sie müssen Einwände ernst nehmen, ernsthaft einbeziehen. Der Regierungspräsident hat im Herbst versprochen, versichert, garantiert, dass seine Leute genau das tun werden. Er steht im Wort.

Fakt ist: Der Polder ist nun eine rechtliche Angelegenheit, er wird in juristischen Dimensionen verhandelt und nicht mehr in politi-

schen. Von 2005 bis 2021 war das anders, da war der Polder ein Politikum. Es gab Podiumsdebatten, runde Tische und Ortstermine ohne Ende; ganze Gelenkbusse voller Ministerpräsidenten, Minister, Abgeordneter und Wahlkämpfer kamen an die Donau. Man musste befürchten, das Gras auf den Dämmen könnte plattgetreten werden.

Es wurde viel geredet, beruhigt, vertröstet. Jetzt wird nicht mehr geredet. Jetzt wird geschrieben.

Kommunen und Bürger können ihre Einwände vorbringen, unterstützt von Anwälten und von Professor Andreas Malcherek. Und darin liegt, so paradox es klingen mag, auch eine Chance.

Denn wer am Dienstag in Kiefenholz aufmerksam zuhörte, der musste ja erkennen, dass die Betroffenen keinen Schmarrn erzählen und keine Phrasen plärren. Sie haben fachlich fundierte Argumente im Angebot. Sie hantieren mit Daten, Fakten, Detailwissen, Fallbeispielen, Erfahrungswerten. Ihre Bedenken verdienen im Wettstreit der Sachargumente auf jeden Fall eines: Beachtung. Ernst gemeinte Beachtung.

Dass die Regierung den Polder am Ende als raumunverträglich einstuft, wäre zwar – na ja, sagen wir so – fast ein Wunder. Und doch können gut begründete Einwände womöglich aufschiebende Wirkung

entfalten und auf der Gegenseite unter Umständen Zweifel nähren. Die Raumordnung soll Fehlplanungen verhindern, so steht es auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums. Stellungnahmen, die jetzt geschrieben werden, können das Fundament sein für juristische Gefechte, die später noch kommen mögen. Und jede Stellungnahme bezeugt: Die Bürger schauen nicht einfach nur zu. Bürgermeister Josef Schütz hat es am Dienstag gesagt: Wer soll Einspruch erheben, wenn nicht die Wörther, Wiesenter, Pfatterer, Bacher?

Ob es am Ende irgendwas verändert, eine Einwendung zu schreiben? Vielleicht. Das ist nicht viel, zugegeben, aber es ist mehr als nichts. „Denn eines ist klar“, sagte Anwalt Ziegler am Dienstag: „Wenn Sie nichts schreiben, wird das gar nichts bringen, garantiert.“

So ist es. **Simon Stadler**